

Besinnung auf die Balance von Lissabon

Wirtschafts- und sozialpolitische Impulse unter deutscher Ratspräsidentschaft

Erschienen als Online-Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de, am 21.01.2007.

Neben der Diskussion um die Zukunft des EU-Verfassungsvertrages kommt der Wirtschafts- und Sozialpolitik große Bedeutung im Programm der deutschen Ratspräsidentschaft zu. Interessant ist dabei die ausgewogene Gewichtung der beiden Themen Wirtschaft und Soziales. Die Liberalisierung des Marktes für Postdienstleistungen, die Verabschiedung der Roaming-Verordnung für den Mobilfunk und das Hervorheben des Tourismus sind beispielhaft zu nennende Projekte, die der Vollendung des Binnenmarktes dienen. Der Ausbau des gemeinsamen Marktes ist dabei nichts Neues, sondern wichtiger Bestandteil jeder Ratspräsidentschaft. Es sollen Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und Wirtschaftswachstums gesteigert werden. Ebenso steht die Wirtschafts- und Währungsunion als Dauerthema auf der Agenda. Wichtig dabei: Nachhaltige öffentliche Haushalte und die exakte Auslegung der Konvergenzkriterien als Voraussetzung für die Einführung des Euro. Hier gab es zuletzt Unmut in Litauen, das wegen einer geringfügig zu hohen Inflationsrate an den Maastrichtkriterien scheiterte.

Zusammen mit den Ländern Portugal und Slowenien bildet die Bundesrepublik die erste als Team agierende Ratspräsidentschaft, die sich ein Achtzehnmonatsprogramm gegeben hat. Darin wird gefordert, künftig "die mit der Globalisierung verbundenen Herausforderungen besser anzugehen und dabei die soziale Dimension der Europäischen Union zu wahren". Bereits bei Überprüfung der Lissabonstrategie 2005 wurde klar, dass man vom Erreichen der bis 2010 selbst gesetzten Ziele weit entfernt ist. Nun ergreift der deutsche Ratsvorsitz die Initiative, um die Rahmenbedingungen der Lissabonstrategie neu zu justieren. Im Vordergrund steht dabei ein europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell, in dem "Sozial-, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik nicht in Konkurrenz zueinander stehen, sondern sich gegenseitig ergänzen" (deutsches Präsidentschaftsprogramm). Die marktliberale Strategie der vergangenen Jahre, die von Wachstums- und Beschäftigungssteigerungen durch einen nach innen und außen hochgradig wettbewerbsfähigen Binnenmarkt ausging, soll nun einer Fokussierung auf die ursprüngliche Konzeption der Lissabonstrategie weichen.

Rechtzeitig vor Überarbeitung der Leitlinien zu Beginn des neuen Dreijahreszyklus 2008-2010, weist die deutsche Ratspräsidentschaft auf die Notwendigkeit des Gleichklangs der Ziele einer wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft, einer hohen Beschäftigungsquote und des sozialen Zusammenhalts in Europa hin.

Die Dimension eines sozialen Europas

Die oben genannten üblichen wirtschaftspolitischen Referenzen an die zu steigende Wettbewerbsfähigkeit der EU werden daher durch ein klares Bekenntnis zur Dimension eines sozialen Europa ergänzt, zur sozialen Ausgestaltung des Binnenmarktes. Konkret möchte die deutsche Präsidentschaft den Erfahrungsaustausch über die stärkere Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer intensivieren sowie den Europäischen Pakt für die Jugend zur besseren Integration Jugendlicher in den Arbeitsmarkt und den Europäischen Pakt für Gleichstellung umsetzen. Verstärkte politische Aufmerksamkeit für Ältere, Jugendliche und Frauen soll mit einem neuen europaweiten Erfahrungsaustausch zu nachhaltiger Familienpolitik als Reaktion auf den demographischen Wandel einhergehen. Die Weiterentwicklung mitarbeiterorientierter Unternehmenskulturen und des Schutzes vor arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren gehören zur Initiative für "Gute Arbeit". Auf wirtschaftspolitischem Gebiet sind neben althergebrachten auch einige innovative Akzente sichtbar. So möchte man die Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung vorantreiben und sich für eine effektivere Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten einsetzen. Beides birgt großes Konfliktpotential, könnte es doch perspektivisch als Wegweiser zu Mindeststeuersätzen und Steuerharmonisierung, sowie zur Einrichtung einer europäischen Wirtschaftsregierung verstanden werden.

Das Thema "Bessere Rechtsetzung in Europa", sieht nicht allein den Bürokratieabbau durch Festlegung quantitativer Ziele zur Messung unnötiger Kosten vor, sondern beinhaltet auch den Plan einer sozialen und umweltpolitischen Folgenabschätzung bei neuen europäischen Gesetzesvorhaben. Da dies ohnehin zur Rechtspraxis gehört, scheint es sich allerdings eher um eine publikumswirksame Maßnahme zur Präsentation des sozial- und umweltpolitischen Gewissens der EU-Institutionen zu handeln.

Die Tücke einer europaweiten Abstimmung der Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Soziales liegt im Detail. Das erklärte Ziel der Weiterentwicklung notwendiger Arbeitsmarktflexibilität mit sozialem Schutz ("Flexicurity") zeigt eine große Variabilität in der Anwendung zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Und unterschiedliche Traditionen im Wohlfahrtsstaatsdesign der EU-27 führen in der Diskussion eines genuin europäischen Sozialmodells zu Missverständnissen und Meinungsverschiedenheiten. Auf einer Ministerkonferenz zum Europäischen Sozialmodell Anfang Februar 2007 in Nürnberg machte Vizekanzler Franz Müntefering daher die übergeordneten gesellschaftlichen Solidaritätsprinzipien als gemeinsame Basis einer europäischen Wertegemeinschaft aus: "Wir haben in Europa soziale Staaten – Sozialstaaten. Wir streben nach sozialem Markt und sozialen Partnerschaften. Das sind Eckpfeiler dafür, dass Europa sozial sein kann."

Balance aus Wettbewerbs-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik

Ein Dialog über das Zusammenspiel der wirtschafts- und sozialpolitischen Dimensionen der EU stellt wohl den langfristigsten Aspekt auf der Agenda dar. Trotz der verhältnismäßig kurzen Ratspräsidentschaft scheint es der Bundesregierung auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu gelingen, neue Akzente zu setzen. Die Erinnerung an die Balance aus Wettbewerbs-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik könnte – mithilfe der beiden im Team folgenden Ratspräsidentschaften – den Weg zur Aufnahme dezidiert sozialpolitischer Leitlinien in den Lissabonprozess ebnen. Viel würde bewirkt, wenn sich die Akteure auf ein gemeinsames Verständnis des Begriffs vom europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell verständigen könnten. Dies würde auch helfen, einer Lösung in der europäischen Verfassungskrise näher zu kommen.